

Aufstand im ausgelaugten Land

Haiti bewegt sich weiter im Teufelskreis aus Armut und Gewalt – das Volk und die Opposition wollen einen Regimewechsel erzwingen

KLAUS EHRINGFELD, PORT-AU-PRINCE

In diesen aufgewühlten Tagen in Haiti, in denen sich fast ein ganzes Land gegen seinen Präsidenten erhebt, blühen nicht nur Gewalt und Chaos, sondern auch die Gerüchte. Etwa dieses, dass sich der verhasste Staatschef Jovenel Moïse bisweilen in Krankenwagen durch die Hauptstadt Port-au-Prince und im Land fortbewege, um unerkannt zu bleiben. «Das ist ein Gerücht, das sich hartnäckig hält», sagt der Filmemacher Arnold Antonin und schickt ein schelmisches Lächeln hinterher. «Der Präsident ist ein Bluffer.» Das will heissen: Zuzutrauen ist es ihm.

Tatsächlich sieht man bisweilen Ambulanzen, die sich durch die chaotische Hauptstadt Haitis nicht nur mit Blaulicht, sondern auch mit einer Eskorte von Geländewagen mit verdunkelten Scheiben fortbewegen. Und während der schweren Proteste gegen die Regierung zwischen September und November sah man öfters Krankenwagen, die Barrikaden und Sperren im ganzen Land umfahren wollten, dann aber gefilzt wurden. Die Aufständischen wollten schauen, ob sich der Staatschef darin befand.

Das Gerücht sagt viel über den politischen Zustand in der karibischen Krisenrepublik aus. Misstrauen und Wut auf die politische Klasse und die Eliten, Rachegefühle und das Verlangen nach Veränderung haben das kleine Land auf Hispaniola gepackt, das sich die Insel mit der Dominikanischen Republik teilt. Praktisch seit der Unabhängigkeit von 1804 zeichnen Haiti politische Instabilität, Chaos, Umstürze und Interventionen aus.

Dieses Mal aber sind die Proteste länger und intensiver als üblich, und sie gehen über die Forderung nach dem Sturz der gegenwärtigen Regierung hinaus. Quer durch die haitianische Gesellschaft wird die Forderung nach einem Regimewechsel erhoben, nach einer gerechteren Gesellschaft. Und es gibt neue Formen des Widerstands.

Präsident ohne Land

Der frühere Landwirtschaftsunternehmer Moïse, der im Februar 2017 ohne politische Erfahrung Präsident wurde, hat es in kurzer Zeit geschafft, alle gesellschaftlichen Sektoren gegen sich aufzubringen. Kirche, Unternehmer, Frauenverbände, Gewerkschaften, Künstler, junge Intellektuelle, selbst Teile der Polizei haben sich an den Protesten der vergangenen Wochen beteiligt.

Moïse ist inzwischen ein Präsident ohne Land. Öffentliche Auftritte meidet er, durch Haiti reist er nicht mehr. Er würde sein Leben riskieren. Nur die wenigen Kilometer von seinem Haus oberhalb des reichen Stadtteils Pétienville bis zum Präsidentspalast im Zentrum von Port-au-Prince kann er sicher zurücklegen. «Das ist der Teil des Landes, über den er herrscht», spottet Antonin, einer der prominentesten Vertreter der Zivilgesellschaft.

Spätestens seit Juli 2018, als der Staatschef über Nacht die Benzinpreise auf Druck des Internationalen Währungsfonds um rund 50 Prozent erhöhte, hat ihm die Bevölkerung den Kampf angesagt. Sie wirft ihm ebenso wie Teile der Internationalen Gemeinschaft Korruption, Verschwendungssucht, Unfähigkeit und Repression vor.

2018 gelang es Moïse noch, die Wut der Menschen durch die Annullierung der Benzinpreiserhöhung und eine Kabinettumbildung zu beruhigen. Aber seither kommen und gehen die Proteste wie Ebbe und Flut. Jetzt im Zusammenhang mit den Festtagen sind sie wieder mal abgeflaut. Aber je hartnäckiger sich der Präsident weigert zu gehen, desto wütender wird die Bevölkerung.

Fast unbeachtet vom Rest der Welt hat sich Haiti so zu einem weiteren lateinamerikanischen Krisenherd entwickelt. Die Proteste sind vergleichbar mit denen von Chile, Ecuador oder Kolumbien. Aber da in dem kleinen Land das Leid grösser ist als anderswo, ist auch die Wut geballter, und in der Folge sind auch die Auseinandersetzungen härter. Lokale



Ein Journalist gerät mitten in die Proteste in Port-au-Prince – gefordert wird der Rücktritt von Präsident Jovenel Moïse.

JEAN MARC HERVE ABELARD / EPA

Menschenrechtler sprechen von bis zu hundert Toten seit September.

Längst geht es bei den Demonstrationen ums Ganze – um die Lebensumstände, die Misere, in der die meisten Haitianer leben müssen. Haiti ist das ärmste Land der westlichen Hemisphäre und eines der ärmsten der Welt. Keine zwei Flugstunden vom glitzernden Miami entfernt, leben 60 Prozent der elf Millionen Menschen von zwei Dollar am Tag. Ein Viertel der Haitianer muss mit weniger als einem Dollar auskommen. Auf dem Uno-Entwicklungsindex belegt die Karibikrepublik Platz 169 von 174 erfassten Staaten, die durchschnittliche Lebenserwartung liegt bei 63,8 Jahren.

Auslöser der gegenwärtigen Proteste war eine Untersuchung des haitianischen Rechnungshofes, die Moïses Verwicklung in einen der grössten Veruntreuungskandale der Geschichte des Landes belegt hatte. Rund vier Milliarden Dollar sollen zwischen 2008 und 2016 aus dem Solidaritätsfonds Petrocaribe abgezweigt worden sein. Mit dieser Hilfe aus Venezuela sollte eigentlich die Infrastruktur Haitis aufgebaut und die Armut bekämpft werden.

Im Januar und im März veröffentlichte der Rechnungshof in zwei Berichten, dass grosse Summen für Brücken, Strassen und Marktgebäude genehmigt worden waren, die Werke aber nie fertiggestellt wurden. Immer mittendrin im Ge-

mauschel: Präsident Moïse, damals noch Unternehmer und Günstling seines Vorgängers im Präsidentenamte, Michel Martelly. Moïse soll mit seiner Firma Agritrans ordentlich Geld erhalten, aber dafür nichts geliefert haben.

Zwischen Mitte September und Ende November wurden täglich Barrikaden auf den Strassen der Hauptstadt errichtet. Port-au-Prince, in dessen Agglomeration knapp die Hälfte der Einwohner lebt, war wochenlang faktisch von der Aussenwelt abgeschnitten. Die wirtschaftlichen Aktivitäten kamen zum Erliegen. Schulen und Universitäten schlossen, der Nahverkehr brach zusammen. Geschäfte, Restaurants und Banken machten dicht.

In gut zwei Monaten wurden bei dem Aufstand, in den sich auch von Politikern bezahlte Gangs und kriminelle Banden mischten, laut Uno-Angaben 42 Personen getötet. Eine Zahl, die Rosy Auguste von der haitianischen Menschenrechtsorganisation RNDH für viel zu niedrig hält: «Wir gehen von mehr als hundert Toten aus», sagt die Anwältin im Gespräch. In diesem Jahr sind nach Angaben der Organisation bereits 187 Menschen ums Leben gekommen, 42 von ihnen wurden durch einen Kopfschuss getötet. Auch deshalb wirft Rosy Auguste dem Präsidenten gezielte Repression vor. Die Regierung mache in den Stadtvierteln regelrecht Jagd auf die Anführer der Proteste.

Vorderhand hat sich die Lage etwas beruhigt, die Strassensperren wurden abgebaut. Aber nicht, weil die Wut nachgelassen hätte. «Die Menschen müssen wieder irgendwie Geld verdienen, sie sind erschöpft und hungrig», unterstreicht die Menschenrechtlerin Auguste. Aber die politischen Akteure und die Zivilgesellschaft sind sich einig darin, dass das nur eine Pause ist. Spätestens Anfang Januar würden die Proteste wieder massiv an Fahrt aufnehmen, sagt Bernard Craan, Vorsitzender der Haitianischen Industrie- und Handelskammer (CCIH). Dann läuft die Amtszeit eines Teils des Parlaments aus, das in den politischen Wirren der vergangenen Monate nicht wiedergewählt werden konnte. «Von da an wird Moïse mit Dekreten regieren», fürchtet der Vertreter des Unternehmerssektors. «Er hat ja jetzt schon Züge eines Diktators.»

Dabei sei die Wirtschaft lange dem Präsidenten zur Seite gestanden, weil Haiti Ruhe und Stabilität brauche, sagt der Kammer-Chef und Bankier. Jetzt aber seien faktisch alle Unternehmer ins Oppositionslager gewechselt. Moïse führe das Land einfach grausam schlecht.

Versprechen nicht gehalten

In den vergangenen Wochen reisten mehrfach Vertreter der amerikanischen Regierung nach Haiti, um über eine

Lösung der Krise zu sprechen. Bis jetzt ohne Erfolg. Der Präsident klammert sich an die Macht. Noch stützen ihn die USA, die historische Schutz- und Interventionsmacht im Inselstaat. Craan, der an den Gesprächen mit den Amerikanern teilnahm, macht sich für eine Übergangsregierung stark, die das Mandat von Moïse bis 2022 zu Ende bringt, und meint: «Kurzfristig brauchen wir eine Cohabitation mit einem Premierminister aus der Opposition.» Langfristig aber seien ein Systemwechsel und eine Verfassungsänderung unumgänglich, so Craan. «Wir brauchen eine Gesellschaftsordnung, die nicht 85 Prozent der Menschen ausschliesst, einen öffentlichen Sektor, der funktioniert, und eine stärkere Stellung des Präsidenten.»

Es sind ungewöhnliche Worte für einen Vertreter des Establishments, das ja für die Situation in dem Land mitverantwortlich ist. Haiti wird seit Jahrzehnten von einigen wenigen reichen Familien kontrolliert. Der Filmemacher Antonin, immerhin schon 77 Jahre, betont, dass die gegenwärtige politische Situation besonders gravierend sei: «Zuletzt steckten wir 1915 in einer solchen Krise, bevor dann die USA das Land für 19 Jahre besetzten.» Haiti steht wieder einmal an einem Wendepunkt, so wie vor zehn Jahren nach dem schweren Erdbeben, welches das Land am 12. Januar 2010 erschütterte und 220 000 Todesopfer forderte. Seit damals sind alle Versprechen der Mächtigen, Haiti neu aufzubauen, in den Trümmern liegengeblieben.

Die Hoffnung, dass die Chancen für Veränderungen dieses Mal besser stehen, stützt sich darauf, dass sich auch Vertreter der Elite wie der 63-jährige Craan für solche starkmachen. Darin ist er sich mit Pascale Solages einig, die am anderen Ende des gesellschaftlichen Spektrums steht. Die 32 Jahre alte Feministin repräsentiert die neue Generation der Zivilgesellschaft. Sie und ihre Gruppe der Petrocaribe-Challenger fordern fürs Erste den Rücktritt von Moïse und die Einsetzung des Präsidenten des Obersten Gerichts als Übergangspräsident. «Und dann in zwei, drei Jahren wählen wir aus völlig neuen, sauberen politischen Akteuren einen neuen Staatschef aus», meint sie.

Gierige Machthaber seit über 200 Jahren

K. E. · Vor mehr als 200 Jahren war Haiti noch eine blühende Kolonie, der Stolz Frankreichs und Quelle scheinbar unerschöpflicher Gewinne für die weisen Herren. Haiti versorgte damals praktisch ganz Europa mit Kaffee und Zucker. «Reich wie ein Kreole», war ein beliebtes Sprichwort im Paris des ausgehenden 18. Jahrhunderts. Der Reichtum basierte auf der gnadenlosen Ausbeutung der von Westafrika nach Haiti verschleppten Sklaven, die sich 1791 gegen ihre Unterdrücker erhoben und sie schliesslich 1804 vertrieben. Es war das erste Land Lateinamerikas, das unabhängig wurde.

Nach der Unabhängigkeit rangen Schwarze und Mulatten bitter um die Macht, aber nicht im Interesse des Lan-

des, sondern im eigenen. Die neuen Eliten traten gewissermassen das ideale Erbe der alten Eliten an, die sie gerade vertrieben hatten. «Je suis là, je prends tout» (Ich bin dran, ich nehme alles) war das Prinzip der Machthaber. Für die Herausbildung demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen war in Haitis gewaltvoller Geschichte kein Platz.

Zwischen 1843 und 1915 regierten 22 Staatschefs die Republik, von denen nur einer sein Mandat beendete und die grosse Mehrzahl gestürzt wurde. 1915 besetzten die USA den Karibikstaat unter dem Vorwand, die anhaltenden Unruhen gefährdeten Leben und Eigentum ihrer Landsleute. Erst nach 19 Jahren zogen die Amerikaner wieder ab.

Aber die Strukturen blieben unverändert und ermöglichten Erb-Diktaturen wie diejenige von Vater und Sohn Duvalier. Die fast dreissigjährige Gewaltherrschaft von François («Papa Doc») und Jean-Claude («Baby Doc») Duvalier zwischen 1957 und 1986 trug wesentlich zu Haitis Rückständigkeit bei. Auch danach kam das Land nicht zur Ruhe. 1990 wurde in demokratischen Wahlen Jean-Bertrand Aristide gewählt, aber schon weniger als ein Jahr später gestürzt. 1994 setzten ihn die USA mit einer Militärintervention wieder ins Amt ein. Nach seiner Wiederwahl Ende 2000 blieb Aristide noch gut drei Jahre im Amt, musste aber nach blutigen Protesten 2004 aus Haiti fliehen.